

Ruanda

Aufrüstung für Tee

Waffen aus Frankreich, Südafrika und Ägypten haben den Bürgerkrieg geschürt, der zum Genozid der Tutsi-Minderheit in dem zentralafrikanischen Land führte. Im Rahmen eines von der französischen Staatsbank Crédit Lyonnais garantierten Geschäfts lieferte Ägypten allein im März 1992 Granat- und Raketenwerfer, Minen, Plastiksprengstoff und Sturmgewehre im Wert von sechs Millionen US-Dollar. Ruanda verpflichtete sich, die Rechnung mit Tee zu begleichen. Für weitere 5,9 Millionen Dollar kaufte das Willkürregime des im April bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Staatspräsidenten Juvénal Habyarimana Waffen in Südafrika ein. Bereits damals massakrierten regimetreue Hutu-Milizen Angehörige der Tutsi, brannten ihre Dörfer nieder und zerstörten ihre Ernte. Entschlossen, „Anstrengungen, die zu mehr Freiheit führen“, zu unterstützen, ließ Frankreichs Staatspräsident Mitterrand den Gewaltherrscher mit Helikoptern und Panzerfahrzeugen versorgen. Noch im Februar 1993 entsandte er Truppen und Militärspezialisten. Zwei französische Soldaten, die im Dienst der nationalistischen Hutu-Partei CDR (Coalition pour la défense de la République) standen, sollen gar die Habyarimana-Maschine abgeschossen haben. Zur Tarnung hät-



Französischer Soldat im Einsatz



Landarbeiter bei der Kiwiernte

Chile

Giftige Trauben

Um ihre Obstexporte zu steigern, setzen chilenische Fruchtkonzerne ohne Wissen ihrer Landarbeiter chemische Kampfstoffe und lebensbedrohende Pestizide ein. So werden Trauben, Äpfel, Kiwis bei der Zwischenlagerung mit dem Nervengas Methylbromid haltbar gemacht. Mit zum Teil krebserzeugenden Schädlingsbekämpfungsmitteln wie Lindan oder E 605 wird das Gas auch in den Plantagen versprüht. Die wenigsten der über 500 000 im Obstanbau des lateinamerikanischen Landes Beschäftigten wissen um die Gefahren im

Umgang mit den Chemikalien. Nicht selten fehlen auf den Verpackungen der Mittel eindeutige Artikelbezeichnungen und Hinweise auf mögliche gesundheitsschädliche Wirkungen: So wird nach Angaben der Landarbeitergewerkschaft CNC das BASF-Produkt Dimethoat, das Erbschäden verursachen kann, unter dem

verharmlosenden Namen Salut LE verkauft. Daß der Einsatz der Pflanzenschutzmittel fatale Folgen für die Menschen in den Anbaugebieten hat, belegt die Studie einer Gynäkologin aus Rancagua, der Region mit den größten Obstplantagen Chiles: 211 von 1000 Totgeburten weisen dort Mißbildungen auf, achtmal mehr als im lateinamerikanischen Durchschnitt. Zudem beobachtete die Ärztin viele Neugeborene, die mit fehlenden Gliedmaßen oder ballongroßen Köpfen auf die Welt kamen. Die Eltern hätten berichtet, so Victoria Mella, daß selbst während der Frühstückspausen ohne Vorwarnung Schädlingsbekämpfungsmittel von Flugzeugen aus versprüht wurden.

ten sie, so ergab jetzt eine Untersuchung des belgischen Militärs, belgische Uniformen getragen. Paris streitet dies ab.

Slowakei

Sehnsucht nach Vereinigung

Die Mehrheit der Slowaken bereut die Trennung von den tschechischen Brüdern. Einer Meinungsumfrage zufolge möchten 56 Prozent wie-

der in einer Union mit den Tschechen leben; nur 35 Prozent sprechen sich für die Beibehaltung der am 1. Januar 1993 vollzogenen Unabhängigkeit aus. Dabei hatten vor allem die Slowaken auf die Trennung der beiden Republiken gedrängt, allen voran der durch ein Mißtrauensvotum gestürzte Premierminister Vladimír Mečiar. Doch während Tschechien von der Teilung profitierte und in diesem Jahr mit einem realen Wirtschaftswachstum rechnen kann, schrumpft die slowakische Wirtschaft. Die unsichere politische Lage schreckt potente Geldgeber ab. Auch die Privatisierung geht schleppend voran. Und obwohl die maroden Staatsbetriebe bislang unangetastet blieben, beträgt die Arbeitslosenrate inzwischen 15 Prozent. In Tschechien, wo derzeit nicht einmal vier von hundert Bürgern ohne festes Einkommen sind, stoßen die slowakischen Wiedervereinigungsträume daher nicht auf Gegenliebe.

USA

Diplomatischer Störfall

Das Abtauchen eines Kollegen hat saudische Diplomaten in den USA alarmiert. Seitdem der Erste Sekretär an der Uno-Mission Saudi-Arabiens, Mohammed el-Chaljawi, vorigen Dienstag



Chaljawi

in New York einen Asylantrag stellte, spielt die Botschaft des arabischen Königreichs die Flucht als Handlung eines unzufriedenen Einzelgängers herunter. Der diplomatische Störfall könnte das bisher gute Verhältnis